

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Bebra sowie der angrenzenden Stadt Rotenburg a. d. F. und der Gemeinde Ludwigsau, Kreis Hersfeld-Rotenburg, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Stadtverwaltungen Bebra und Rotenburg und der Gemeindeverwaltung Ludwigsau 2 — zwei — Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 — zwei — Wochen Widerspruch beim Hess. Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Wiesbaden, 6. 8. 1979 **Hessisches Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung**  
331 — F 765 Bebra —  
Blankenheim 4966/79

StAnz. 37/1979 S. 1849

1036

#### Flurbereinigung Bremthal, Main-Taunus-Kreis

Gemäß § 9 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 547 ff.) ergeht folgender Beschluß:

Das Flurbereinigungsverfahren für die Gemarkung Bremthal der Stadt Eppstein sowie für einzelne Grundstücke der an-

grenzenden Gemarkungen Niederjosbach und Vockenhausen, Main-Taunus-Kreis, gemäß § 86 des FlurbG angeordnet durch den Flurbereinigungsbeschluß des Kulturamtes Wiesbaden vom 24. August 1970 (StAnz. S. 2161) wird eingestellt.

Gemäß der Verordnung über den organisatorischen Aufbau und die Zuständigkeiten der Landeskulturverwaltung vom 18. September 1970 (GVBl. I S. 580) ist an Stelle des Kulturamtes Wiesbaden das Hessische Amt für Landeskultur Wiesbaden getreten.

Durch das Eingliederungsgesetz vom 14. Juli 1977 — Art. 7 — (GVBl. I S. 319) und die Verordnung vom 20. Dezember 1977 (GVBl. I S. 494) wurden die bisherigen Hessischen Ämter für Landwirtschaft und Landwirtschaftsämter zu den Ämtern für Landwirtschaft und Landentwicklung zusammengelegt.

Gleichzeitig erlischt die Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bremthal.

Die zeitweiligen Einschränkungen des Eigentums nach §§ 34 bzw. 85 FlurbG werden aufgehoben.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind im Flurbereinigungsgebiet nicht verändert worden. Desgleichen sind Kosten nicht entstanden.

Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Eppstein sowie in den angrenzenden Gemeinden öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung zur Einsichtnahme für die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen diesen Einstellungsbeschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abt. Landentwicklung — in 6200 Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde sowie beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung, 6200 Wiesbaden, Schützenhofstraße 3, erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt mit dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei den o. a. Behörden zu erklären.

Wiesbaden, 5. 7. 1979 **Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung, Wiesbaden**  
WF 426 Bremthal — 4247/79

StAnz. 37/1979 S. 1850

1037

DARMSTADT

#### BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

#### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 106), wird mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde verordnet:

##### § 1

Das in § 3 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzgesetz eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

##### § 2

Das Naturschutzgebiet „Im Grenzstock von Gettenau“ ist ein bedeutender Rast- und Überwinterungsplatz für Wat- und Wasservögel; es ist gleichzeitig Lebensraum zahlreicher bedrohter Amphibienarten.

##### § 3

(1) Das Naturschutzgebiet „Im Grenzstock von Gettenau“ besteht aus einer durch Braunkohlenabbau entstandenen Wasserfläche sowie einigen angrenzenden Flächen in der Flur „Der Grenzstock“ der Gemarkung Gettenau der Gemeinde Echzell, Wetteraukreis. Seine Flächengröße beträgt 6,2784 ha.

(2) Das Naturschutzgebiet umfaßt die Flurstücke Gemarkung Gettenau, Flur 5, Nrn. 177 bis 191, 192/1, 192/2, 192/3, 193 bis 197.

(3) Die Grenze des Naturschutzgebietes ist in Karten im Maßstab 1 : 10 000 und 1 : 2000 rot eingetragen.

(4) Diese Verordnung und die in Abs. 3 genannten Karten sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in

Darmstadt — Höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten — Oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, beim Kreisausschuß des Wetteraukreises — Untere Naturschutzbehörde — in Friedberg und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(5) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

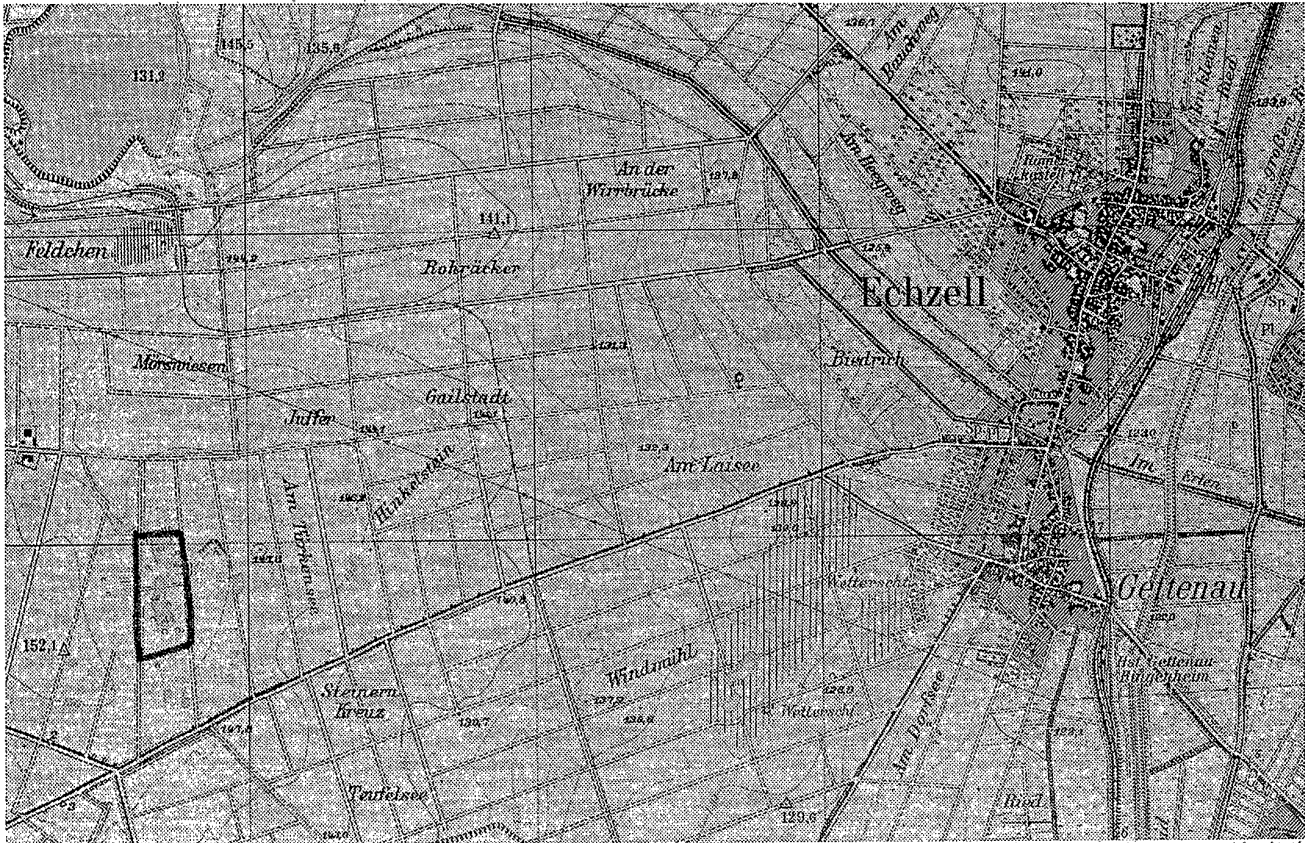
##### § 4

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
3. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
4. das Gelände zu betreten;
5. zu fahren, zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
6. Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;

Karte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Im Grenzstock“ von Gettenau



- 8. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;
- 9. Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes zu beeinträchtigen oder Maßnahmen zur Entwässerung durchzuführen;
- 10. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen oder das Gelände sonst zu verunreinigen;
- 11. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung zu errichten oder zu verändern, auch wenn dies keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedarf;
- 12. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten oder zu verändern;
- 13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
- 14. die Fischerei auszuüben;
- 15. Hunde frei laufen zu lassen.

§ 5

Ausgenommen von den Verboten des § 4 bleiben:

- 1. die landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art;
- 2. die Ausübung der Fallenjagd ganzjährig auf Rabenkrähen und Elstern;
- 3. die wasserwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art;
- 4. die von der Höheren Naturschutzbehörde angeordneten Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung.

§ 6

- (1) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Durchführung von Forschungsarbeiten, kann die Oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 4 zulassen.
- (2) Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.
- (3) Die Ausnahmegenehmigung ist, soweit kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt, zu versagen, wenn trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.
- (4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 7

- (1) Die Eigentümer und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der Höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).
- (2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der Höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 8

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in dem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 4 Abs. 1 vornimmt.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchstabe a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß dies nach § 5 zulässig ist,
  - 1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 4 Abs. 2 Nr. 1);
  - 2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 4 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
  - 3. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 3);
  - 4. das Gelände betritt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4);
  - 5. fährt, reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält (§ 4 Abs. 2 Nr. 5);
  - 6. Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 6);
  - 7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 4 Abs. 2 Nr. 7);
  - 8. Bodenbestandteile entnimmt, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt (§ 4 Abs. 2 Nr. 8);
  - 9. Gewässer beeinträchtigt oder Maßnahmen zur Entwässerung durchführt (§ 4 Abs. 2 Nr. 9);
  - 10. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt oder das Gelände sonst verunreinigt (§ 4 Abs. 2 Nr. 10);
  - 11. bauliche Anlagen errichtet oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 11);
  - 12. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 12);
  - 13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 4 Abs. 2 Nr. 13);

14. die Fischerei ausübt (§ 4 Abs. 2 Nr. 14);

15. Hunde frei laufen läßt (§ 4 Abs. 2 Nr. 15).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 7 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

1038

## PERSONALNACHRICHTEN

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern****Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Sekretär (BaP) Gerhard Friedrich (20. 7. 1979).

Darmstadt, 17. 8. 1979

Hessische Brandversicherungskammer  
2 b — 24/I/1

St.Anz. 37/1979 S. 1852

**Der Polizeipräsident in Kassel**

ernannt:

zu **Polizeikommissaren** die Polizeihauptmeister (BaL) August Desel, Friedrich Müller (beide 29. 6. 1979), Karl Alex (27. 7. 1979), die Polizeiobermeister (BaL) Roland Fritsch, Klaus Gießler, Michael Matyssek, Polizeiobermeister (BaP) Gerhard Braunß (sämtlich 29. 6. 1979);

zu **Kriminalkommissaren** Kriminalhauptmeister (BaL) Karl-Heinz Friedrichs, die Kriminalobermeister (BaL) Manfred Heinrich Becker, Harald Bork (sämtlich 29. 6. 1979);

eingewiesen: in das Amt eines Polizeihauptmeisters der Besoldungsgruppe A 9 mit einer Amtszulage

die Polizeihauptmeister (BaL) Kurt Attmann, Wilhelm Büttner, Hubert Geisler, Ludwig Günther, Otto Krüger, Walter Junker, Günter Lange, Hans Liersch, Heinrich Löber, Erhard Schröder, Willi Wehnhardt (sämtlich 29. 6. 1979), Heinz Harm (2. 7. 1979), Hermann Albrecht, Siegfried Beyer, Alfred Döring, Rudolf Dumeier, Gustav Fuck, Karl Gies, Helmut Hartmann, Johann Höhne, Hans Ilgen, Heinrich Koch, Georg Liese, Friedrich Müller, Walter Noll, Friedrich Schaub, Friedrich Schank, Heinrich Sand, Fritz Stengel, Georg Wagner (sämtlich 12. 7. 1979), Willi Wagner (31. 7. 1979), die Kriminalhauptmeister (BaL) Erich Feldung, Gerhard Schmitz (beide 12. 7. 1979);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeikommissar (BaP) Volker Zeidler (7. 6. 1979), die Polizeiobermeister (BaP) Hans Rolf Stuhlmann (5. 6. 1979), Werner Zippel (16. 7. 1979), Polizeimeister (BaP) Jürgen Elsasser (26. 6. 1979);

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptmeister Günter Lange (1. 8. 1979).

Kassel, 20. 8. 1979

**Der Polizeipräsident**

P III — 8 b 24 03 B

St.Anz. 37/1979 S. 1852

1039 DARMSTADT

## REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 Ladenschlußgesetz**

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 5. Juli 1976 (BGBl. I S. 1773), i. V. mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

## § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Weilburg mit Ausnahme der Stadtteile Ahausen, Bernbach, Drommershausen, Gaudernbach, Hasselbach, Hirschhausen, Kirschhofen, Kubach, Odersbach und Waldhausen aus Anlaß des Weilburger Oktoberfestes am 28. Oktober 1979 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 28. Oktober 1979 in Kraft.

Darmstadt, 21. 8. 1979

**Der Regierungspräsident**  
In Vertretung  
gez. B a c h

St.Anz. 37/1979 S. 1852

1040

**Genehmigung der „Ewald und Hilde Berge-Stiftung“, Sitz Gießen**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der Fassung vom 1. April 1978 (GVBl. I

S. 109) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 25. August 1965 errichtete „Ewald und Hilde Berge-Stiftung“, Sitz Gießen, mit Stiftungsurkunde vom 16. August 1979 genehmigt.

Darmstadt, 22. 8. 1979

**Der Regierungspräsident**

III 6 — 25 d 04/11 (16) — 19

St.Anz. 37/1979 S. 1852

1041

**Auflösung des Allgemeinen Arbeiter-, Kranken- und Unterstützungsvereins Heppenheim**

Der Allgemeine Arbeiter-, Kranken- und Unterstützungsverein Heppenheim hat durch seine ordentliche Mitgliederversammlung am 21. April 1979 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 23. 8. 1979

**Der Regierungspräsident**

III 6 — 39 f 16/01 (1) — 3

St.Anz. 37/1979 S. 1852

1042

**Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises**

Der am 16. Juni 1976 vom Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main für Polizeihauptmeister Klaus Kohn ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 05-2182 ist in Verlust geraten.

Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 23. 8. 1979

**Der Regierungspräsident**

III 2/63 — 7 d 14

St.Anz. 37/1979 S. 1852

657

### Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

##### „§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),

„Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),

„Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),

„Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),

„Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),

„Taubensemd“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),

„Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),

„Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),

„Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),

„Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),

„Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),

„Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),

„Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),

„Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),

„Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),

„Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),

„Am Rauhensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),

„Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),

„Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),

„Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),

„Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),

„Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),

„See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),

„Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),

„Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),

„Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),

„Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),

„Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

##### „§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),

„Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),

„Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),

„Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),

„Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),

„Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),

„Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),

„Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),

„Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),

„Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),

„Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),

„Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),

„Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),

„Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

##### „§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

#### Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

#### Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

#### § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-